Brian Sörensen

DIE DIKTATUR DER DEMOKRATEN

Im Namen der freiheitlichen BRD-Demokratie



VERBOTEN!

Liebe Leser,

Warum habe ich ein Heft geschrieben, welches die demokratische Gesellschaft in Frage stellt ? Gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes der BRD hat jeder Bürger das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt. Mit der Veröffentlichung dieser Schrift habe ich dieses Grundrecht wahrgenommen. Zwölf Jahre CDU-Herrschaft haben Deutschland verändert. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte wurde die Bevölkerung durch die eigene Regierung in ihrer Existenz bedroht. Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, Überfremdung, Gewalt- und Wirtschaftskriminalität, verseuchte Lebensmittel, atomare Bedrohung, Justizwillkür, Medienzensur, Auslöschung sozialer Errungenschaften, Militarismus, Drogenhandel, Personenüberwachung, Abgabenerhöhungen kennzeichnen diese Nation. Aus dem einstigen Wirtschaftswunderland wurde ein totalitärer demokratischer Überwachungsstaat.
Sie mögen mir vielleicht vorwerfen, ich habe manches zu krass formuliert, viele Dinge vereinfacht und voreingenommen diesen Staat aus meiner Sicht geschildert. Das alles ist zutreffend. Doch ich meine, die heutigen Lebensbedingungen fordern eine deutliche Sprache.
Ich habe mir genausowenig wie Sie, der Leser, die Zeit aussuchen können, in die ich hineingeboren wurde. Aber ich denke, wir alle sollten uns gemeinsam eine bessere, lebenswertere Zukunft schaffen. Noch haben wir die Möglichkeit zum Umdenken. Wir brauchen uns nicht mit diesen Verhältnissen abzufinden. Gemeinsam können wir an unserer Zukunft arbeiten.
Vor über 60 Jahren hat ein einfacher Arbeiter ein großes Aufbauwerk begonnen. Es wurde die bislang größte Massenbewegung der Menschheitsgeschichte. Aus vielerlei Gründen schlug seine Mission fehl. Das soll aber nicht der Inhalt dieser Schrift sein.
Warum aber sollte es mit einer neuen Idee und einem neuen Programm nicht ein zweites Mal gelingen ? Einer Idee, die von der gesamten Menschheit getragen wird. Um Mißverständnisse vorwegzunehmen: Mir liegt es fern, zu Gewaltmaßnahmen oder „Umsturzversuchen" aufzurufen. Mit dieser Schrift soll Ihr Bewußtsein für vorhandene oder mögliche Tatbestände geschärft werden. Mehr nicht. Nun bitte ich Sie, diese kleine Broschüre sorgfältig durchzulesen.
Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung ! Ich danke Ihnen ...

Brian Sörensen

1

Wir sind die Zukunft

Die Kinder der Demokratie

In der Schule werden dem jungen Menschen Allgemeinwissen und soziale Handlungsmuster vermittelt und – er wird geformt. Ihm werden bestimmte Verhaltensmuster und Denkweisen beigebracht, es werden "Werte" vermittelt. Zur Schule muß jeder. Der eine geht gerne hin, der andere weniger gern. So ist das. Der Schulbesuch ist Pflicht und Recht zugleich. Doch dieser Zwang ist notwendig, und die beigebrachten Dinge helfen dem Heranwachsenden in der modernen Welt, sich im späteren Leben selbständig zurechtzufinden. Lesen, Schreiben, Rechnen,
naturwissenschaftliche und physikalische Grundlagen. Fähigkeiten und Wissen, das täglich gefordert wird. Aber wie sieht es mit Geschichte, Politik, Kunst, Medienerziehung, Sozialkunde aus ? Hier geht es nicht allein um Fachwissen und festgelegte Gegebenheiten, abstraktes Denken und Einfühlungsvermögen wird abverlangt. Dagegen kann man keine Einwände haben. Aber den Inhalten der Lehrstoffe müssen wir unser Augenmerk schenken. Jede Gesellschaftsform vermittelt den Heranwachsenden die Werte, welche sie als richtig und wertvoll erachtet. Doch welche Wertmaßstäbe hat die demokratische Gesellschaft ?

Der Umgang mit der deutschen Geschichte

Die BRD nimmt unter den anderen Demokratien eine Sonderstellung ein. Die bundesdeutsche Demokratie ergab sich nicht zufällig und wurde auch nicht vom Volk beschlossen.

»Nachdem die erste deutsche Demokratie so kläglich scheiterte, entstand das nationalsozialistische Deutschland, eine perfekte Gesellschaftsordnung, die Anhänger in aller Welt fand. Das revolutionäre sozialistische System bedrohte die Geschäftsinteressen der kapitalistischen Nationen und wurde mit dem inszenierten Zweiten Weltkrieg vernichtet. Die alliierten Siegermächte gründeten darauf im besetzten Westteil die Bundesrepublik Deutschland (BRD), aus der sogenannten SBZ ging die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hervor.
Alliierte Propagandakompanien überwachten die innere Abkehr der Deutschen vom Nationalsozialismus (Entnazifizierung).«

So könnte man mit wenigen Worten die Vorgeschichte der BRD beschreiben. Der Unterricht an bundesdeutschen Schulen geht dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

- **Die Kriegsschuldfrage**. Deutschland ist alleiniger Verursacher des Zweiten Weltkrieges. Demzufolge sind von der BRD Zahlungen an ehemalige Kriegsgegner zu leisten.

- **Die Rassenfrage**. Die geplante Ausrottung des jüdischen Volkes ist offenkundig. In deutschen Konzentrationslagern wurden 4 – 6 Millionen Juden durch Giftgas oder Erschießung vernichtet. Die Zahl »6 Millionen« wird symbolisch genannt. Zusätzlich wurde etwa eine halbe Million Zigeuner ermordet. Demzufolge sind von der BRD Zahlungen an überlebende Juden und Zigeuner zu leisten sowie deren kulturelle Eigenart finanziell sicherzustellen.

- **Die Anschlußfrage**. Die Republik Österreich, das Saarland und die Ostgebiete wurden widerrechtlich und durch militärischen Druck dem Dritten Reich angegliedert.

Nachstehende Thesen werden im Schulunterricht vermittelt:

- Das Dritte Reich war finanziell am Ende und konnte nur durch einen Krieg kurzzeitig fortbestehen.
- Die Reichsautobahnen wurden zum Zwecke der Truppenverschiebung und als Flugzeuglandebahnen gebaut.
- Das Dritte Reich war ein Terrorstaat, der Millionen Deutsche unterdrückte.
- Die Arbeitslosigkeit konnte nur durch massiven Einsatz von Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie beseitigt werden.

Diese vermeintlichen Tatsachen werden von bundesdeutschen Gerichten als "offenkundig" bezeichnet. Ein öffentliches Anzweifeln ist unter Strafe gestellt. So kann auch nach über 45 Jahren seit Kriegsende keine wissenschaftliche Forschung diese Behauptungen überprüfen. Fazit: Historisch nicht erwiesene Vorgänge werden als Realitäten dargestellt. Die Offenkundigkeit stützt sich auf alliierte Untersuchungen und Zeugenaussagen damaliger verfolgter Personenkreise. Den jungen Menschen wird also im Schulunterricht ein Schuldgefühl vermittelt, das sie gegenüber Eltern und Großeltern aufhetzen soll.
Ein Blick in heutige Geschichts-Schulbücher muß bei einem verantwortungsbewußten Menschen Kopfschütteln verursachen. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, Beiträge von Pseudo-Historikern und angeblichen Zeitzeugen sind munter zusammengewürfelt und ergeben ein verzerrtes Bild. Je nach Schulform ist Geschichte in den Klassenstufen 5 – 8 Unterrichtsfach. Ab der 9. Klasse wird der Geschichtsunterricht meist durch das Fach "Politik" ersetzt.

Politik im Schulunterricht

Wer den Lehrplan erfolgreich angenommen hat, weiß mittlerweile, daß unsere Eltern und Großeltern Verbrecher waren. Derjenige ist nun reif genug, die politische Kultur der heutigen Bundesrepublik verstehen zu lernen. Zunächst

einmal werden die Grundwerte dieser Demokratie hervorgehoben. Danach erlernt der Schüler, daß jeder Bürger diesen Staat mitgestalten kann. Er kann eine Partei wählen, die seinen Interessen am nächsten kommt. Daß nur Parteien zur Wahl zugelassen werden, die das demokratische Prinzip vertreten, wird dabei weniger betont. Die anderen werden gleich verboten (z. B. SRP). Ob nun CDU, CSU, FDP, SPD usw. gewählt werden, es bleibt immer das gleiche System an der Macht. Von dahergehend sind Wahlen nur zu dem Zweck, dem Bürger ein Mitbestimmungsrecht zu suggerieren.
Zwischendurch werden zusammengeschnippelte Lehrfilme,wie z. B. Erwin Leisers Hetzfilm "Mein Kampf" (Schweden 1959), der Material aus US-Spielfilmen als Dokumentaraufnahmen ausgibt und dafür bezeichnenderweise von der Filmbewertungsstelle in Wiesbaden das Prädikat "besonders wertvoll" erhielt, gezeigt. Im Anschluß findet ein "Diskussionsforum" statt, in dem jeder Schüler seine Eindrücke schildern soll. Dann die bekannten Vergleiche mit der heutigen Zeit. In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist natürlich alles besser. Es ist ein Vorzug der Jugend, kritisch zu sein und Bestehendes zu hinterfragen. Auch die Umerziehungsarbeit des SED-Regimes hat nicht verhindern können, daß vor allem die Jugend den Untergang der DDR eingeleitet hat.

Der Lehrkörper

Und so präsentiert sich die heutige Schule dem Betrachter:

Beim Betreten des Lehrerzimmers sind zwischen Rauchschwaden diese Hippies zu sehen, die sich ohne Aufputschmittel und literweisen Kaffeekonsum kaum über ihren 4,5-Stunden-Tag wachhalten können. Der Fotokopierer läuft auf Hochtouren. Nachdem es vor etlichen Minuten zum Stundenbeginn geläutet hat, bequemen sich die ersten, die Unterrichtsräume aufzusuchen. Dort angelangt, wartet der Lehrkörper ab, bis sich auch der letzte Schüler auf der letzten Sitzbank beruhigt hat. Für die nun noch verbleibenden 25 Minuten werden die Schüler mit stumpfsinnigem Zeug, dem sogenannten Lehrstoff, vollgeblubbert, welcher im späterem Leben sowieso niemals gebraucht wird. Selbstredend, daß die Dinge, die nützlich und notwendig sind, entweder nicht oder nur ungenügend beigebracht werden. Etwa fünf Minuten vor Stundenende wird der Lehrer dann höchst betriebsam. Den Schülern wird aufgetragen, sich bis zum Läuten still auf den Plätzen zu verhalten. Nun geht es Schlag auf Schlag. Der Lehrer packt seine Lehrmittel ins Beutelchen und stürmt aus dem Klassenraum.
Jetzt heißt es: Schnell ins Lehrerzimmer und einen guten Sitzplatz ergattern, bevor die anderen kommen. Doch die sind meist schon da. Und was machen die Schüler derweilen ? Schule macht aggressiv !
Vor allem schlechte Schulnoten. Der Klassenstreber wird aufgemischt. Vereinzelt fliegen Stühle durch den Raum. Der eine holt seinen Flachmann aus der Jackentasche, ein anderer verschwindet auf die Toilette, um sich einen Schuß Heroin zu setzen, wieder andere verschwinden irgendwohin, um Zigaretten zu rauchen. Die Klebstoffschnüffler bleiben im Raum. Die Aufgeklärten wiederholen die Stellungen des gestern gezeigten Fernsehpornos. Die Spießer übertragen ihre im Unterricht angefertigten Notizen ins Reine. Und so verwandelt sich die Schule in den Pausen zu einer Mischung aus Boxring, Puff und orientalischer Räucherstube.

Das sich in einem solchen chaotischen Klima nichts Gutes entwickeln kann, ist unschwer zu übersehen. Aber Lehrer sind Beamte. Und Beamte sind unkündbar.

Wie sieht denn der typische Lehrkörper heutzutage aus ?

Zunächst einmal wäre da der langhaarige, ungewaschene Haschbruder, der die Reste seines letzten Müslis noch im Bart trägt, dem es völlig egal ist, ob der Schüler überhaupt anwesend ist. In einer Atmosphäre totaler Gleichgültigkeit unterrichtet dieses Wesen, ob nun ein Schüler den Lehrstoff versteht oder nicht. Hausaufgaben dürfen gemacht werden oder auch nicht, denn sie werden von ihm sowieso nicht besprochen. Ist aber eine Klassenarbeit zu schreiben, so befragt dieses Subjekt natürlich nur Themen, die nicht im Unterricht abgehandelt worden sind. In der perversen Notengebung aber zeigt er seine ganze Niederträchtigkeit. Knallhart und unerbittlich wird jeder Schüler fertiggemacht, der auch nur einen Millimeterbreit an seiner Autorität zu zweifeln wagte. Diesen Zeitgenossen schert es einen Dreck, was später einmal aus seinen Schutzbefohlenen wird.
Er selbst hat keine Zukunft und gibt auch niemandem eine Zukunft. Die zweite und weitaus schlimmere Gruppe des demokratischen Lehrkörpers bildet die des unauffälligen, seriös gekleideten Spießers. Dieser Typus ist enorm wandlungsfähig. Hinter seiner seriösen Fassade aber verbirgt sich die größte Gefahr für den ahnungslosen Schüler. Zielstrebig betreibt er die Normung des jungen Menschen zum anpassungsfähigen, pflegeleichten Einheitsdemokraten, der sich später einmal willig dem regierenden Machtgefüge unterordnen soll.

„Schade, daß Beton nicht brennt !“ – Schulgebäude in der BRD. Als Aspekt zur Beeinflussung junger Menschen sollte auch die Gestaltung von Schulgebäuden nicht außer Acht gelassen werden. Auf den ersten Blick sehen moderne Schulen ebenso abstoßend aus wie alle Betongroßbauten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß sich viele Einflüsse im Unterbewußtsein bemerkbar machen.
Dadurch sind Zusammenhänge manchmal schwer erkennbar. Aber die latente Beeinflussung ist stets vorhanden. Zunächst einmal macht es einen Unterschied, ob 200 Schüler in Klassenverbänden zu je 16 Personen in übersichtlichen und behaglichen Räumlichkeiten unterrichtet werden oder 1000 und mehr anonym in Betonsilos zusammengepfercht werden mit bis zu 32 Schülern in einer Klasse. Anonymität führt zu Vereinsamungserscheinungen.
Die Folge sind Depressionen und Apathie. Die Zahl verhaltensauffälliger Schüler in der BRD nimmt ständig zu. Manche Schüler flüchten in den Alkoholkonsum, der auch zunehmend die Freizeitgestaltung ausmacht. Andere wiederum greifen zu Tabletten und Drogen. Das Suchtpotential an deutschen Schulen ist erschreckend. Die Ministerien führen Statistik und sitzen das Problem aus.
Die optische Gestaltung offenbart uns die niederen Ideale einer Demokratie.
Deformierte Skulpturen, abstrakte Architektur, diffuse Farbmalerei erinnern eher an kranke Geister als an gesunde Bildungsstätten.
Im Dritten Reich zu recht als entartet deklariert, schmückt auch der primitivste Kunstmüll die moderne Bildungslandschaft. Solche Eindrücke verfestigen bei Jugendlichen das Bild einer kranken Gesellschaft. Dadurch bauen sich Aggressionen auf, und es ist kein Wunder, wenn der angestaute Frust sich in Zerstörungswut entlädt.

Jährlich sind Millionenbeträge zur Schadensbeseitigung nötig. Betrachtet man kleine, halbwegs noch intakte Schulgemeinden, sind bedeutend weniger Wandschmierereien aufzufinden als in besagten Monsterbauten.
Auf einen in der jüngsten Zeit bekannt gewordenen Bauskandal möchte ich eingehend verweisen: Medizinische Untersuchungen haben den lange bekannten Fakt erneut bestätigt, daß Asbestfasern Krebs (Zellwucherung) auslösen [können]. Asbestose wird nun auch als Berufskrankheit anerkannt.
Welch ein Trost für die Betroffenen ! Auf Druck der öffentlichen Meinung wurde erstmals bekannt, in welchem Umfang Asbest in der Industrie Verwendung fand. Aufgrund seiner Nichtbrennbarkeit eignet sich der Stoff – in verschiedensten Materialien beigemengt – hervorragend als Isoliermaterial im Brandschutzbereich. Zudem läßt er sich preisgünstig erzeugen. Ein idealer Werkstoff für die Industrie. An die gesundheitlichen Gefahren hat in dieser Wirtschaftswunder-Demokratie natürlich keiner gedacht. Bereits in den 30er Jahren war bekannt, daß Asbest Lungenkrebs verursacht. Dieses Wissen wurde natürlich in der BRD dezent übergangen.
So finden wir Asbest in Fensterbänken (über Heizungen), Nachtspeicheröfen, Bremsbelägen, Haarföhnen, manchmal auch im Wandputz, als Rohrisolation und vielem mehr. Wir erinnern uns doch alle an die schönen Bunsenbrenner im Chemieunterricht. Aus welchem Material sind wohl die Ablagenetze des Ständers über dem Brenner ? Diverse Einsatzorte bleiben auch weiterhin verheimlicht. Das wahre Ausmaß dieser gigantischen Verseuchung wird sicherlich erst nach dem Ableben dieser Demokratie aufgedeckt werden können.
Bezeichnend für diesen Staat ist, daß die gleichen Firmen, welche seinerzeit Asbest verwendeten, heute mit Sanierungsaufträgen begünstigt werden. Das überhaupt Asbest in diesen Mengen verarbeitet wurde, haben wir auch im besonderen einigen kleinkarierten Beamten zu verdanken, die immer neue Vorschriften "ausbrüten", ohne dabei die Fähigkeit zu besitzen, über Sinn und Nutzen nachzudenken.
Fazit: Wenn die deutsche Jugend im Verlaufe ihres Lebens einmal an Lungenkrebs zugrunde gehen wird, ist dies ein Verdienst gewissenloser Demokraten.

Schule und Gewalt

Gewalttätigkeit an Schulen gibt es seit Bestehen dieser Institution. Streitereien unter Schülern, jungen Menschen, sind nichts Neues und sind bedingt durch den psychologischen Aufbau des Menschen. Der Mensch ist ein gewalttätiges Lebewesen. Sex und Gewalt sind seine Triebkraft. So weit – so schlecht. Solange Prügeleien innerhalb tolerierbarer Grenzen bleiben, muß ein Eingreifen nicht unbedingt erforderlich sein. Die Schulen in der Demokratie verzeichnen ein seit Jahrzehnten ansteigendes Aufkommen gewalttätiger Auseinandersetzungen. Das Gewaltspektrum nimmt beständig zu. War es früher ein blaues Auge, so sind heutzutage ausgeschlagene Zähne und Messerstechereien an der Tagesordnung. Doch woher kommt die Gewalt ? Der Demokrat wußte schnell eine Antwort: In den 50er und 60er Jahren war es die „Schundliteratur“ – Bilderhefte und „Groschenromane“ – , die der Jugend ein Leitbild für Gewalt lieferte. In den 70er Jahren waren es Kino und Fernsehen. In den 80er Jahren waren es Videofilme, welche die Jugend „sozialethisch verwirrten“ und Gewalt hervorriefen. In der 90er

Jahren sind es nun die sogenannten Skinheads – benannt nach einer in den 60er Jahren entstandenen englischen Jugendbewegung – und ihre Musik, die zu Gewalt aufstachelt. So einfach ist das. Zugegeben, die Unterhaltungsindustrie verabreicht seit dem 2. Weltkrieg ständig neue Sadismen und Gewaltexzesse. Eine Ursache für unsere gewalttätiger werdende Gesellschaft ist dies jedoch nicht. Der geniale deutsche Filmregisseur Fritz Lang bezeichnete den Film als Spiegelbild der Gesellschaft. Diese Betrachtungsweise ist sicherlich am zutreffendsten. Natürlich tragen fiktive Erlebnisse in geringen Maßen zur Wesensbeeinflussung bei. Dies ist ganz natürlich. Kinder ahmen Gesehenes nach. Im Unterbewußtsein werden Verhaltensmuster gespeichert. (Von den Werbegestaltern wird dies ja auch geschickt ausgenutzt. Denken wir nur an die Werbeblockeinschübe bei Spielfilmen im Fernsehen.) In Konfliktsituationen kann der Heranwachsende dadurch unwillkürlich wie der Held im Spielfilm agieren [wollen]. Diese Beeinflussung ist aber denkbar gering – sofern sie nicht gezielt gesteuert wird – und wird nur bei labilen Persönlichkeiten seelischen Schaden auslösen können.

Die eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Verrohung sind hauptsächlich im sozialen Umfeld zu suchen. Betrachten wir die typische Familie im BRD-Staat, das Heer der Sozialhilfeempfänger: Vater arbeitslos, Spannungen in der Ehe, Scheidung. Folge: sozialer Abstieg. Die Kinder sind die Leidtragenden dieser „Leistungsgesellschaft". Die Jugendlichen haben keine Lebensperspektive, nach der Schule droht die Arbeitslosigkeit. Logische Konsequenz: Die angestauten Aggressionen werden in der Schule abgebaut. Als Folge der Politik dieser Bundesregierung bewirkt die Einwandererflut ein Aufeinandertreffen unterschiedlichster Kulturen und Charaktermerkmale. In manchen Schulen sind deutsche Schüler bereits in der Minderzahl. Schlägereien zwischen den „Kulturen" sind an der Tagesordnung. Ein weiterer Anlaß für Gewalttaten sind die Ungerechtigkeiten der Schülerbenotungspolitik.

Schulnoten – Sozialpädagogisches Druckmittel

Nun ist es ja nicht so, daß Heranwachsende die Schule besuchen, um etwas zu lernen. Das Hauptanliegen unserer Pädagogen scheint es zu sein, Menschen zu „benoten". Ein Staat, der die Normung seiner Bevölkerung betreibt, muß damit bereits im Kindesalter beginnen. Das Vermitteln von Wissen und Fertigkeiten gerät dabei in den Hintergrund. Schon in der Grundschule gibt es Noten für „Sozialverhalten". Anpassung wird belohnt.

Umerziehung bereits im Kindesalter. Denn Kreativität und Phantasie sind gefährlich für eine Demokratie. Dabei ist jedem vernunftbegabten Menschen beispielsweise bekannt, daß ein Aufsatz denkbar schwer zu beurteilen ist. Benotungen sind subjektiv. Was dem einen Lehrer zusagt, mißfällt dem anderen. Die Notengebung ist willkürlich. Das Verhältnis des Lehrers zum Schüler spielt auch eine Rolle. Dem Lieblingsschüler gibt man auch bei schlechterer Arbeit eher eine gute Note. Besonders die Unterrichtsfächer Deutsch, Sport, Kunst, Musik, Religion kommen in den Genuß dieser fragwürdigen Benotungspolitik. Anders bei reinen Wissensbefragungen. In der Mathematik und Rechtschreibung gibt es nur ein richtiges Ergebnis. Aber auch einem noch so begabten Schüler kann geschadet werden. Ihm werden einfach schlechte Noten im Mündlichen gegeben. Hierbei hat der Lehrer einen breiten Ermessensspielraum. Der Schüler ist dem Lehrkörper

ausgeliefert. Schlußfolgerung: Eine gerechte Notengebung kann nicht gewährleistet werden. Schulnoten können das spätere Leben entscheidend beeinflussen. Schlechte Noten oder gar ein fehlender Schulabschluß schränken die Berufsausbildungsplatzmöglichkeiten ein. Ein fehlender Abschluß der Berufsausbildung stempelt den Betroffenen zum Sozialhilfeempfänger. Wir müssen daher das Wertungsprinzip als Bestandteil demokratischer Menschenlenkung betrachten.

Lehrbücher und Unterrichtsgestaltung

Das Durcheinander der unterschiedlichen Schulformen in der BRD läßt eines auf den ersten Blick erkennen: Eine Chancengleichheit ist nicht gewährleistet ! Die spätere Führungselite dieses sogenannten Rechtsstaates, also die Söhne und Töchter der heutigen Wirtschaftslenker, besuchen teure Privatschulen und erhalten eine umfassende Ausbildung. Die breite Masse der Schulpflichtigen besucht staatliche Einrichtungen. Wie sieht es in einem demokratisch regierten Staat aus ? Genauso kopflos wie die Staatsführung ist das Schulsystem. Jedes Bundesland verfügt über andere Lehrpläne und Schulbücher. Ein Schulwechsel ist für einen Heranwachsenden verhängnisvoll. Die Noten verschlechtern sich entsprechend, und der soziale Druck wächst. Die meisten Schulbücher sind von minderer Qualität. Warum die Lehrmittel in der BRD nicht einheitlich sind, hat der Demokrat bislang nicht zu erklären vermocht. Dies führt zu dem einzig logischen Schluß, daß es bewußt geschieht, um möglichst viele ungebildete und naive Staatsbürger zu erhalten.
Seit Jahrzehnten arbeiten die Pädagogen und zugehörigen behördlichen Stellen an der Abschaffung der deutschen Sprache. Im Anfangsstadium dieser Republik begnügte man sich mit der "Infiltration" von Fremdworten. Nachdem bereits Tausende von Fremdwörtern ins Deutsche "integriert" sind, folgt der zweite Schritt: Die Schreibweise deutscher Worte wird verändert (z. B. „PolitikerInnen“ statt „Politikerinnen“). So sollen auch „ß, ä, ö, ü“ verschwinden. (z. B. „grosser Aerger“ statt „großer Ärger“) Dritter Schritt: Die Großschreibung soll abgeschafft werden, lediglich Namen bleiben in Großschrift. (z. B. „die regierung der BRD erhebt eine steuer auf luft“ statt „Die Regierung der BRD erhebt eine Steuer auf Luft“).
Zum Glück noch nicht. Aber die Abschaffung der deutschen Sprache ist nur eine Frage der Zeit. Übrig bleibt eine „multikulturelle“ Sprachvermischung. So wird auch geplant, bereits in der Grundschule mit Fremdsprachenunterricht zu beginnen. Bleibt die Frage offen, wann die Demokraten beginnen, die Deutschen abzuschaffen.

Zusammenfassung

Um die heutigen Deutschen richtig zu beurteilen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die nach 1945 aufgewachsenen Generationen während ihrer Schulzeit einer latenten ideologischen Beeinflussung ausgeliefert waren. Dieses Faktum wird gemeinhin als „Umerziehung“ bezeichnet. Die wesentlichen Ziele sind: a) zu erreichen, daß die Generationen vor 1945 als einfältig, kriegslüstern und rassistisch betrachtet werden und deren reaktionäre Verwirklichung der Nationalsozialismus, die Ideologie vom Herrenmenschen, darstellt. b) die Erkenntnis, daß

1945 eine Befreiung der Deutschen stattfand und eine freiheitliche, demokratische Rechtsordnung geschaffen wurde. c) die Schaffung einer monotonen, eingeschüchterten Konsumgesellschaft.
Die bundesdeutschen Schulen dienen dem Zweck der Ausschaltung jeglichen Nationalbewußtseins schon im Kindesalter, dem Einprägen von Schuldgefühlen und der Bewußtseinsinfiltration, daß Deutschland in einem multikulturellen Vielvölkerstaat aufgehen müsse.

2

Im Namen des Volkes

Demokratische Justiz

Vom primitiven Steinzeitmenschen bis zum modernen Menschen des Raumfahrtzeitalters: Stets ist das menschliche Leben durch Gesetze bestimmt. Verstöße werden durch andere Menschen geahndet. Mal sind die Gesetze durch Notwendigkeit entstanden, ein anderes Mal durch die Willkür des Mächtigeren. Wir wollen uns mit denen beschäftigen, die Gesetze verfassen. Wer ist es, der bestimmt, was Recht und Unrecht ist ? In dunkler Vorzeit berief man sich auf die Götter, im Mittelalter war es nur noch einer und heutzutage sind es Regierungen und Parteien. Mit anderen Worten: Der Mensch selbst erläßt die Gesetze. Grund genug also, Gesetze auf ihre Rechtmäßigkeit zu hinterfragen. Denn nicht alles, was Recht ist, ist auch gerecht ! Wir erinnern uns nur zu gut an die „Hexenverfolgungen“ durch die katholische Kirche. Kommen wir nun zu dem Staat, in dem wir leben müssen. Die BR Deutschland ist der Staat der Gesetze, Normen, Verordnungen, Regeln, Paragraphen, Richtlinien, Weisungen, Bestimmungen schlechthin.

Trotzdem, oder vielleicht deswegen, verzeichnen wir ein beständiges Ansteigen krimineller Handlungen. Wo liegen die Ursachen ? Warum wird der einzelne Bürger immer rechtloser, während kriminelle Vereinigungen und Industriekonzerne nahezu ungehindert agieren können ? Selbst die Kriminalität von staatswegen nimmt zu ! Die Gründe für das mangelnde Rechtsbewußtsein liegen in der demokratischen Gesellschaftsordnung an sich, wie das Folgende verdeutlichen wird.

Kriminelle Handlungen von Einzelpersonen und organisierten Banden

Das organisierte Verbrechen

Mit der zunehmenden Überfremdung Deutschlands breitet sich das organisierte Verbrechen wie eine Seuche aus. Ein ständig florierendes Gewerbe stellt der Drogenhandel dar. Nach dem 2. Weltkrieg ist die gesellschaftliche Moral immer weiter verkommen. Verkrachte Existenzen und die sogenannte „Schickimicki-Gesellschaft“, die sich mit Rauschgiften vollpumpt, bieten einen hervorragenden

Absatzmarkt für fremdländische Drogenhändler. Vom kleinen türkischen Lebensmittelhändler an der Ecke bis zur bundesweit operierenden Rauschgiftmafia ist alles vertreten.

Mittlerweile ist der Handel mit Drogen soweit ausgebaut, daß die BRD flächendeckend versorgt werden kann. Die Hintermänner umgeben sich mit einer seriösen Kulisse. Die Teppichhändler und Dattelimporteure sind schlau genug, für ihr tödliches Geschäft geeignete Handlanger einzusetzen. Da Jugendliche unter 14 Jahren in der BRD nicht strafmündig sind, greift das Familienoberhaupt gern auf seine Jüngsten zurück. Wenn die Polizei einen jugendlichen Dealer aufgreift, darf sie lediglich seine Personalien aufnehmen. Dann darf er wieder auf die Straße zurück; den nächsten Kunden mit der Todesdroge beliefern. Und Neugierige finden sich genug. In den Schulen, vor der Diskothek. Beobachten Sie einmal das Treiben auf den großen Bahnhöfen. Vor den Augen der Polizei wird mit Drogen gehandelt. Wenn tatsächlich jemand von unseren Schutzorganen abgeführt wird, handelt es um Schwarzfahrer oder Obdachlose. Polizei mit Scheuklappen. Aber wir sind ja multikulturell ! Eines der Hauptanbauländer für Rauschgift ist die Türkei. Dieses Land drängt seit langem, der EG beizutreten. Sollten die EG-Verbrecher in Brüssel diesem zustimmen, wäre es ein schwarzer Tag für Recht und Ordnung. Aber auch andere Länder (z.B. Kolumbien) beliefern die westliche Welt. Untereinander streiten die Syndikate um Marktanteile. Auch Unschuldige brechen im Kugelhagel der Verbrecher zusammen. Die Justiz sieht zu. Oder wird sie schon von den Kriminellen bestochen ? Die Mafiosi unterwandern Staat und Gesellschaft.

Wer keine Schmiergelder annimmt, wird ermordet. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs" strömt die jugoslawische, polnische und russische Mafia nach Deutschland. Die polnischen Banden stehlen im großen Stil Fahrzeuge und verkaufen sie in die ehemalige Sowjetunion oder beliefern den Fernen Osten. Die russischen Verbrecher handeln mit Schußwaffen, die sie aus Beständen der zerfallenden Roten Armee entwendet haben. Aber weitaus gefährlicher ist das Geschäft mit radioaktiven Substanzen aus Krankenhäusern oder Kernkraftwerken. Dann wird in einem Bahnhofsschließfach schon mal atomwaffenfähiges Material gefunden. Na und ?

Auf die paar verstrahlten Passanten kommt es auch nicht mehr an. Und was geschieht mit den Tätern ? Die ach so gerechte deutsche Justiz schiebt sie im schlimmsten Falle in ihr Heimatland ab. Meist kommen sie besser davon. 2 Jahre auf Bewährung oder so. Haben unsere Herren Richter auch einmal daran gedacht, was eine Atombombe anrichten kann ? Was ist, wenn uns eines Tages die fanatischen Irren aus dem Orient damit erpressen ? Fällt das dann nicht in ihren Zuständigkeitsbereich, oder konnte man nicht weiter denken ?

Wir sind ein weltoffener Rechtsstaat. Die Kriminellen müssen auch eine Chance haben. Die Europäische Gemeinschaft beabsichtigt eine Erleichterung des Waffenhandels. Wir setzen dem entgegen: Wer mit Atomwaffen handelt, für den darf es nur eine Strafe geben: Die Todesstrafe !

Zum Schutze des Weltfriedens muß der Waffenhandel völlig eingestellt werden. Dies aber ist nicht im Interesse der Demokraten ...

Umweltkriminalität

Außer dem Menschen ist kein anderes Lebewesen so dumm, seinen eigenen Lebensraum zu zerstören. Unsere Industriekonzerne machen dies besonders gründlich. Man gewinnt den Eindruck, als hätten sie die Regierung der BRD in ihren Händen. Die deutschen Großkonzerne kontrollieren „unsere" Volksvertreter. Sie sorgen für großzügige Auslegung der Produktionsbedingungen, Sicherheits-bestimmungen und Abfallentsorgung.
Nehmen wir die Beseitigung von Industriemüll. Bei der Verbrennung gelangen auch heute noch Schadstoffe ungefiltert in die Atmosphäre. Was nicht verbrannt wird, gelangt in die Weltmeere und auf Mülldeponien. Giftmüllfässer werden in Nacht-und-Nebel-Aktionen auf Deponien abgelagert. Was die Industrie-verbrecher in Europa nicht loswerden, wird in den ehemaligen Ostblock und Dritte-Welt-Länder verfrachtet. Dünnsäure wird auf offener See „verklappt" (ein Tarnwort für „ins Meer geschüttet".).
Über kurz oder lang werden die Giftstoffe ins Grundwasser gelangen. Aber kein Problem: Die Grenzwerte für Trinkwasserbelastung werden einfach geändert. Die Produktionsbedingungen sind in der letzten Zeit der Bevölkerung zu genüge bekannt geworden. Die Bewohner von Frankfurt-Hoechst und Göttingen haben da einschlägige Erfahrungen gemacht. Die Industrie verfährt nach dem Motto: „Bloß keine unnützen Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen". Und wenn der Stör-fall eintrifft, lautet die Devise: „Erst mal alles totschweigen und verharmlosen". Die staatlichen Einrichtungen stehen dem in nichts nach und halten ihre meist dürftigen Informationen stundenlang zurück. Dann kommen die Männer in Schutzanzügen und „reinigen" das verseuchte Gebiet. In den staatlich kontrol-lierten Medien heißt es tags darauf: „Zu keinem Zeitpunkt bestand eine Gefahr für die Bevölkerung !" Ein paar Wochen später wird beiläufig erwähnt, daß krebserregende Stoffe ausgetreten sind.

Ausländerkriminalität

Vielzuwenig wird betont, daß es nicht korrekt ist, die Ausländer zu sagen. Wenn wir ein anderes Land bereisen, werden wir selbst zum Ausländer. Es ist auch falsch, zu sagen, die Türken, die Polen usw. sind kriminell.
Diese Verallgemeinerungen unterstellt die BRD-Presse nur der deutschen Bevölkerung, um ihre Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit zu belegen. Machen wir in einem anderen Land Urlaub, stellen wir erfreut fest, daß die Einwohner ganz anders sind als deren Volksgruppen in Deutschland. Von den wenigen politischen Flüchtlingen einmal abgesehen, kommen die Einwanderer, um sich zu bereichern. Und dies leider mitunter auf ungesetzliche Weise. Im übrigen gibt es auch in der BRD politisch Verfolgte, selbst wenn das offiziell bestritten wird ! Vielfach sind die Einwanderer bereits in ihrer Heimat straffällig geworden. Die dortigen Behörden sind froh, sie aus dem Land zu haben. Wenn die Deutschen „Ausländer raus !" sagen, dann bedeutet es eben nicht, daß sie keinen Kontakt zu anderen Völkern haben möchten. Ausländische Gäste sind in Deutschland gern gesehen. Aber schon aufgrund der Bevölkerungsdichte und geographischen Größe kann Deutschland keine Einwanderer aufnehmen. Zum Schutze zukünftiger Gene-rationen wird das deutsche Volk auch keine weitere Überfremdung dulden !

Kriminelle Elemente müssen sofort – auf ihre Kosten – abgeschoben werden. Deutschland ist kein Einwanderungsland.
War es nicht, ist es nicht und wird es auch niemals werden ! Es darf nicht zum Sammelbecken für den Abschaum der Welt verkommen.

Kleinkriminalität

Eine besorgniserregende Zunahme der sogenannten Kleinkriminalität. Diebstahlsdelikte in Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften mußten wir in den letzten 10 Jahren beobachten. Das deutet weniger auf eine Abnahme des Unrechtsbewußtseins hin, wie die Medien behaupten.
Vielmehr haben sich die Lebensumstände in Deutschland seit dem Machtantritt der CDU und verstärkt seit der Übernahme der DDR verschlechtert. Die Unfähigkeit der Bundesregierung ist an den sozial Schwächsten hängen geblieben. Die verstärkten Steuerauspressungen haben viele Durchschnittsverdiener in Existenznot gebracht. Diebstähle können natürlich nicht gutgeheißen werden. Aber Unrecht fordert Unrecht heraus. Das Prinzip der Demokratie lautet: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Unsere Justiz verhängt drakonische Geldstrafen für Ladendiebstahl.
Recht so, werden viele sagen. Gut, aber dann frage ich Sie: „Welche Strafe sollen die Verantwortlichen des Chemieunglücks von Frankfurt–Hoechst erhalten ?“
Sind für einen Industriekonzern, der die Bevölkerung eines ganzen Stadtteils verseucht hat, einige zehntausend Mark genug ? Selbst wenn es einige hunderttausend Mark sind. Wo ist da die Verhältnismäßigkeit ?
Die „Strafe“ hat man bei der nächsten Steuerhinterziehung wieder raus. Oh, Entschuldigung. Die Großindustrie hat es bei ihren Vergünstigungen nicht nötig, Steuern zu hinterziehen. Eine großzügige Spende an die CDU reicht aus.

Staatskriminalität

»Demokratie ist die Legalisierung organisierten Verbrechens !«

Warum unternimmt Bonn so wenig gegen das organisierte Verbrechen ?
Weil die CDU–Regierungspartei selbst die größte Verbrecherorganisation in Deutschland ist !
Neben der ansteigenden Kriminalität Einzelner oder von Gruppen ist eine andere Form des Verbrechens weit besorgniserregender: Die Kriminalität von staatswegen. Um die Unrechtmäßigkeit dieses Staates in allen Einzelheiten zu belegen, reicht der Platz dieser kleinen Broschüre nicht aus. Wir müssen uns daher auf das Wesentliche beschränken.

Die Einschränkung der Presse–, Meinungs- und Informationsfreiheit

Wenn Sie sich über das Tagesgeschehen und Ereignisse in der Welt informieren möchten, schalten Sie den Fernseher ein oder kaufen eine Zeitung. Aber haben Sie sich bereits einmal gefragt, ob die vermittelten Informationen exakt der Wahrheit entsprechen ? Ob bewußt etwas verändert oder ausgelassen wurde. Möglicherweise meinen Sie, aufgrund des vielfältigen Informationsangebotes

seien Vertuschungen und Manipulationen nicht möglich. Beim gegenwärtigen Stand der Medien in der BRD kann von einer Informationsvielfalt nicht ausgegangen werden. Wir haben beinahe ein Pressekartell. Wenn wir die Besitzverstrickungen der Sendeanstalten und Verlage durchleuchten, kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Bertelsmann Konzern, der größte Verlag Europas, die Presse in der BRD kontrolliert. Das Angebot von Tageszeitungen in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten stark geschrumpft. Heute gibt es nur noch wenige bundesweit erscheinende Tageszeitungen, an denen der Bertelsmann-Konzern keine Anteile besitzt.

Betrachten wir die Springer-Medien, natürlich anteilig ein Bertelsmann-Unternehmen: Am bekanntesten ist sicherlich das Machwerk „Bild-Zeitung", inoffiziell das Zentralorgan der CDU. Das Blatt kann mit Sicherheit für sich in Anspruch nehmen, weltweit die unseriöseste Nachrichtenübermittlung zu betreiben.

Führen wir uns kurz die Inhalte vor Augen:

a) Gewaltverherrlichung

In den Schilderungen von Verbrechen wird an niederste Instinkte appelliert. Genüßlich schreiben die Pseudo-Redakteure über Schlägereien, bei denen „das Blut spritzte" und „Dutzende Nasen plattgeschlagen wurden". Frauen wird geraten, zur Selbstverteidigung dem möglichen Angreifer „ein Auge auszustechen". Ganze Artikelserien werden angefertigt, um kein Detail auszulassen, wie Perverse ihre Opfer vergewaltigen und mißhandeln, Hausmeister ihre Opfer in Säure baden lassen und Schlachter ihre Opfer zerstückeln (und zu Wurst verarbeiten).
Die Berichte verfügen über soviel Hintergrundwissen, daß man annehmen möchte, die Reporter wären selbst dabei gewesen. Egal, was geschieht, "Bild" ist immer dabei !!! Daß noch kein Staatsanwalt dabei ist und rechtliche Schritte einleitet, läßt Zweifel aufkommen. Sonst ist man doch auch so schnell am Verbieten ...

b) Diskriminierung

Jahrzehntelang droschen die „Bild-Reporter" in Hetzartikeln auf Gastarbeiter, vor allem türkische, ein. Sie betrügen den Staat, kassieren Arbeitslosengeld und Renten. Tenor: Alle sollten wieder heimgeschickt werden. Als es wirklich zuviele und zuviel wurde und der erste Deutsche einen Stein auf ein Asylbewerberheim warf, war selbstverständlich sofort die „Bild-Zeitung" zur Stelle und beklagte die Ausländerfeindlichkeit der Deutschen. Danach kamen die Ost- bzw. Mitteldeutschen an die Reihe. Als der Jubel der Maueröffnung verflogen war, ließ uns die „Bild-Zeitung" wissen, die „Ossis" wären arbeitsscheu, die „Ossis" wären schwerfällig, die „Ossis" wären ungebildet, die „Ossis" wären .....
Das von „Bild" kreierte Schimpfwort konnte nicht häufig genug gebracht werden. Als dann das Wort in den allgemeinen Sprachschatz aufgenommen war, war selbstredend die „Bild-Zeitung" zu allererst dabei, zu beklagen, daß die Bürger der ehemaligen DDR als „Ossis" herabgewürdigt werden.

Dahinter steckt System ! Die „Bild-Zeitung" soll erzieherisch wirken. Die Beeinflussung soll erreichen, daß der Leser nach den vorgegebenen Mustern „denkt", sich die Argumente aneignet und letztendlich reagiert, wie Staat und demokratische Gesellschaft es wünschen.
Eigentlich könnte man über den Unsinn nur lachen ; aber leider ist die „Bild-Zeitung" das auflagenstärkste Blatt in Deutschland.

c) Falschmeldungen

Neben Gewaltdarbietungen und Hetzartikeln zeichnet sich diese Zeitung durch bewußte Falschmeldungen aus. Die Nachrichten werden so hingedreht, wie es den Redakteuren genehm ist. Die Vorgehensweise dieses Unternehmens ist nicht erst seit gestern bekannt. Doch die CDU und ihre Lobby halten eine schützende Hand darüber.
Betrachten wir abschließend die Berichterstattung zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Mit absurdesten Begründungen wird versucht, der arbeitenden Bevölkerung einzureden, eine höhere Wochen- und Lebensarbeitszeit sowie Lohnverringerungen seien notwendig, den „Wirtschaftsstandort Deutschland" zu retten.
Meine lieben Herren Demokraten: Ich würde Ihnen einmal empfehlen, die unfähigen Manager und Industriebosse auszutauschen. In Deutschland wird doch seitens der „Chefs" nach dem Motto „Bloß nichts Neues !" gehandelt. Was nützen neue Ideen, wenn sie kein Unternehmer verwirklicht. Anstatt sich langzeitstudierte Hirntote in die Büros zu setzen, sollte man lieber einfallsreiche, aufgeschlossene Arbeitskräfte einstellen. Aber die sind ja zu unbequem. Wer Mitarbeiter nur nach nichtssagenden Zeugnissen auswählt, braucht sich nicht zu wundern, wenn diese Angepaßten nichts Gescheites zustande bringen.
Eifrige Verfechter der modernen Sklaverei wie Klaus Murmann (Arbeitgeberpräsident), Hans Peter Stihl (DIHT-Vorsitzender), Tyll Necker (BDI-Vorsitzender) und der Gartenzwerg Norbert Blüm (Arbeitsminister, CDU) werden gern von „Bild" herbeizitiert, um in Interviews ihre menschenfeindlichen Ansichten zu vertreten. Diese vier „Volksvertreter" sollten erst einmal selbst unter den Bedingungen arbeiten, die sie anderen zugedenken. Aber Hochmut kommt vor dem Fall, meine Herren Demokraten ! Wer ein Monatseinkommen von mehreren zehntausend Mark hat, kann leicht von Verzicht sprechen.
Die Vertreter dieses „Rechtsstaates" haben den Kontakt zur Bevölkerung längst verloren. Um deren Ansichten zu festigen, hatten die Redakteure einen besonders klugen Einfall: Meinungsumfragen ! Bis 15 Uhr darf in der Redaktion angerufen werden. Am nächsten Tag wird das „amtliche Endergebnis", sofern es ins Konzept paßt, ausführlich kommentiert. „Sind Sie für längere Arbeitszeit, für Wochenendarbeit, für Lohnverzicht ...?" Eines sollte der Leser bedenken. Die Männer und Frauen in den Fabriken haben kaum die Möglichkeit, während der Arbeitszeit zu telefonieren. Und die Pausen werden zur Erholung benötigt. Die lieben Chefs hingegen finden genug Muße, gleich mehrmals ihre Meinung kundzutun.

DIHT = Deutscher Industrie- und Handelstag
BDI = Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Und das nennt sich dann „repräsentative Meinungsumfrage". Eine Zeitung auf denkbar tiefem Niveau. Nehmen Sie die „Bild-Zeitung", wofür sie am besten geeignet ist: Zum Wurf in den Papierkorb ...

Unsere „freie" Presse ... Möchte sich der geneigte Leser aus anderen, wertneutralen und unabhängigen Quellen informieren ? Sie werden schnell feststellen, daß dies nur schwer möglich ist. Die BRD hat die schärfsten Zensurgesetze der westlichen Welt. Zensur ist laut Grundgesetz nicht gestattet, werden Sie mir entgegnen. Sicher, mein Freund, sie geschieht deshalb unter dem Deckmantel des Jugendschutzes und des Staatsschutzes. Alles, was den Machthabern nicht genehm ist, wird mit Werbungs- und Vertriebsbeschränkungen belegt oder ganz verboten. Als erstes Maßregelungsmittel dient das Jugendschutzgesetz. Mit Aufnahme von Produkten in die sogenannte Indizierungsliste wird einem Unternehmen die finanzielle Grundlage entzogen. Wo die Bestimmungen des Jugendschutzes nicht greifen, springt der Verfassungsschutz ein. Das Problem des Jugendschutzgesetzes ist, daß die Indizierungen und Beschlagnahmungen veröffentlicht werden müssen. Allzuviele Verbote führen dazu, daß selbst Unbedarfte an Zensur denken könnten. Da hat der Staatsschutz bessere Karten. Dessen Verbotsmaßnahmen (besonders nach § 86, 86 a) brauchen nicht veröffentlicht zu werden. Still und heimlich werden die lästigen Schriften vom Markt entfernt. Die Vertreter des STASI-West haben Grund genug, keine vollständigen Listen verbotener Literatur und Tonträger zu veröffentlichen. Die Liste würde ein dickes Buch ergeben. Und das sähe verdammt nach Zensur aus.

Im Vergleich zu anderen demokratischen Ländern können wir bei der BRD nicht mehr von einem demokratischen Staat reden. Der Begriff „Polizeistaat" wäre bezeichnender.

Sind Sie am Geschehen der jüngeren Vergangenheit interessiert ? Der Zeit von 1900 bis 1950, also der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ? Nach dem Durchlesen der gängigen Literatur werden Sie bemerken, daß bestimmte Themen ausgegrenzt werden und lückenhaft erscheinen. Dies muß nicht nur am mangelhaften Recherchieren der Autoren liegen. Nein, vielmehr ist gesetzlich vorgeschrieben, welche Ereignisse die Autoren in welcher Form zu beschreiben haben. Wie eingangs im Kapitel Schulunterricht erwähnt, haben die Alliierten und später die bundesdeutsche Justiz festgelegt, welche Tatbestände als „offenkundig" anzusehen sind. Wer daran öffentlich Zweifel äußert, sei es in Filmen, Büchern oder auf Veranstaltungen, wird strafrechtlich verfolgt. Denn die Offenkundigkeit besagt ja eben, daß es so und nicht anders gewesen ist. Das muß man sich einmal vorstellen: Richter, die überhaupt nicht kompetent in Geschichtsangelegenheiten sind, schreiben einem Historiker oder Wissenschaftler vor, was er berichten darf und was nicht. Unabhängig von neuen Forschungsergebnissen ist ausschließlich die Ansicht der Justiz maßgeblich.

Mit rechtsstaatlichem Denken sind solche Praktiken nicht vereinbar ! Nehmen wir das bekannteste Beispiel: Nun frage ich Sie, wenn denn so offenkundig und offensichtlich ist, daß Deutschland den 2. Weltkrieg entfachte und 4-6 Millionen Juden in Lagern getötet wurden, warum darf kein Wissenschaftler, Historiker oder Chemiker die noch geheimgehaltenen Unterlagen in den Archiven und die Lager selbst mit modernsten technischen Mitteln untersuchen ? Selbst der Ungebildetste erkennt, daß hier etwas faul

ist. Es geht nicht darum, das nationalsozialistische Deutschland im schönsten Sonnenschein zu präsentieren, wie vielfach von den Medien behauptet, nein, das ist nicht das Ziel. Aber hat die Nachwelt nicht das Recht, genau über die damaligen Vorgänge unterrichtet zu werden ? Was haben die Demokraten denn zu verbergen, daß sie solche Angst vor Nachforschungen haben ? Über kein Kapitel der Menschheitsgeschichte ist soviel berichtet worden wie über den Nationalsozialismus. Und kein anderes Kapitel gibt uns noch so viele Rätsel auf. Das Recht auf Forschung und Wahrheit darf nicht eingeschränkt werden.

Wie kann von Recht gesprochen werden, wenn Autoren hohe Geldstrafen erhalten oder gar ins Gefängnis müssen, nur weil sie eigene Erlebnisse niederschreiben oder tabuisierte Fakten veröffentlichen. Will man unsere Nachkommen bis in alle Ewigkeit mit Schuldkomplexen aufwachsen lassen ? Die Aussagen krimineller Elemente, die in den Lagern inhaftiert waren, sind genauso glaubwürdig oder unglaubwürdig wie die ihrer Wächter. Mancher rächte sich mit Lügengeschichten an seinen Aufsehern und machte nebenbei schnelles Geld als Zeuge. Einseitige Ermittlungen geben ein verfälschtes Bild. Beide Seiten müssen angehört und überprüft werden. Kann es richtig sein, daß BRD-Richter 80jährige Greise anklagen, nur weil sie angeblich ein ehemaliger Gefangener „wiedererkannt" hat ? Als wären die Betreffenden in 50 Jahren nicht gealtert. Zeugenaussagen sind stets das schlechteste Beweismittel. Aber man muß der Welt ja zeigen, daß die „NS-Kriegsverbrecher" verurteilt werden. Das einzige Offenkundige ist, daß die BRD ein Justizwillkürstaat ist. Die Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit hat diktatorische Zustände angenommen. Eine wahre Hexenjagd auf jeden, der sich nicht dem System anpaßt. Meist führt sie zum finanziellen Ruin des Betroffenen. Welches Unternehmen stellt schon „Gebrandmarkte" ein ? Lehrer erhalten Berufsverbot, Beamte werden vom Dienst suspendiert. In einem Land, wo man seine Meinung nicht frei sagen darf, leben auch keine freien Menschen.

d) Verbote von Parteien und Vereinigungen

Kann man als einzelner seine Meinung nicht vertreten, sucht man den Kontakt zu Gleichgesinnten. Man schließt sich einer Interessengemeinschaft an oder wird Mitglied einer Partei. Erhält eine Partei genügend Wählerstimmen, kann sie gesellschaftliche Veränderungen bewirken. Veränderungen können den Systemparteien gefährlich werden.

Trotz aller Umerziehungsmaßnahmen besteht durchaus die Wahrscheinlichkeit, daß eine der kleinen sog. Splitterparteien 10 – 20 % erhält. Haben die kleinen Parteien auch meist kein Konzept und sind ohnehin nicht geeignet, eine Regierung zu bilden, macht die BRD-Regierung nun den Griff nach außerrechtsstaatlichen Mitteln, den politischen Gegner auszuschalten: Mit Verboten. Mit Parteienverboten versucht die CDU, jegliche Opposition auszuschalten. Meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur selten wird der Bürger von den Medien informiert. CDU, Justiz und Presse arbeiten Hand in Hand. Vertuschen und totschweigen, damit kein Bürgerprotest laut wird. Und im gleichen Atemzug wagen es die Justizorgane, diesen Staat noch als Rechtsstaat zu bezeichnen. Wo ist die Rechtsstaatlichkeit gegeben, wenn der Bürger und seine Interessenvertreter mundtot gemacht werden. Die noch bestehenden Oppositionsparteien werden vom

Verfassungsschutz überwacht. Unter irgendeinem fadenscheinigen Vorwand oder angeblichem Steuerhinterziehungsverdacht wird man sie eines Tages aus dem Verkehr ziehen. Der wichtigste Punkt, den wir erkennen sollten, ist, daß wir keine Möglichkeit haben, dieses System abzuwählen. Ob nun CDU/CSU/FDP oder SPD an der Macht sind, ist kein großer Unterschied. Demokrat bleibt Demokrat. Die Ziele dieser Parteien gleichen sich zu sehr. Die SPD mag sicher für Arbeitnehmer das geringere Übel sein. Jedoch wird mit ihr die Überfremdung schneller vorangetrieben. Das Endergebnis wird also gleich bleiben !

Machen wir uns nichts vor: Die Bürger können sich dem zugedachten Schicksal fügen und die Deutschen in einer multikulturellen Vermischung mit Arbeiterklasse und Herrscherkaste untergehen lassen. Oder sie folgen dem Vorbild DDR: Damals wurden die Machthaber schneller als erwartet abgesetzt. Am Beispiel DDR können wir sehen, was der Zusammenhalt eines Volkes bewirkt hat. Warum diese großartige Tat nicht ein zweites Mal wiederholen ? Nach der kommunistischen Diktatur ein weiteres Unterdrückungssystem dem verdienten Ende zuführen. Freiheit kennt keine Grenzen.

e) Die Mühlen der Justiz

Nicht allein der politisch interessierte Mensch kann den Glauben an das Recht verlieren. Im Grunde genommen sind es die wenigsten, die sich intensiv mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen. Das private Leben bereitet dem modernen Menschen Schwierigkeiten genug.
Mit der anschließenden Kurzgeschichte möchte ich Ihnen zeigen, daß trotzdem niemand vor falschen Anschuldigungen und Strafverfolgung sicher ist. Die Schilderung ist sicherlich ein wenig überspitzt, soll sie auch sein, um zu verdeutlichen, wie leicht man das tragische Opfer eines Justizirrtums werden kann.

„Einer Ihrer Bekannten fragte Sie, ob Sie ihn nicht zu einer Demonstration gegen Atomkraftwerke begleiten möchten. Da Sie aus den Nachrichten wissen, wie gefährlich diese aufgrund von Rissen in den Rohrleitungssystemen für Mensch und Natur sind, willigten Sie nach einigem Zögern ein. Die Demonstration verlief auch friedlich. Womit Sie aber nicht gerechnet hatten: Der Staatsschutz hatte fleißig fotografiert. Bei einer anderen Demonstration wurden bereits die Personalien von Ihrem Freund aufgenommen. Als Teilnehmer an Sitzblockaden ist er den Behörden bereits bekannt. Der Verfassungsschutz hatte Anlaß genug, ihn zu überwachen. Beim Überprüfen der Fotos wurde man auf Sie aufmerksam. Ihre gute Kleidung hob sich vom Aussehen der übrigen Teilnehmer ab. Sie wurden verdächtigt, ein konspirativer Kontaktmann zu sein, der gewaltbereite Demonstranten mit Waffen versorgt. Ein übereifriger Richter erließ einen Durchsuchungsbefehl für Ihre Wohnung wegen Verdachtes der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung. Drei Polizeiwagen versperrten die Einfahrt zu Ihrem Grundstück. Vor den Augen Ihrer Nachbarn stürmten vier Beamte in die Wohnung. Alles, was verdächtig aussah, wurde mitgenommen: 3 Ausgaben der TAZ, 1 Broschüre über die RAF, 2 Anti–Atom–Bücher. Nichts davon ist strafbar. Weil man sonst nichts fand, wurden diese Sachen beschlagnahmt. Belastendes

Material hätten Sie verschwinden lassen, nahm man an. Ihr Privatleben wurde durchschnüffelt. Sie waren als Student in der Friedensbewegung und hatten mal ein Flugblatt unterzeichnet. Das reichte aus ! Ein konservativer Staatsanwalt erhob Anklage. Sie mußten vor Gericht. Von einem Anwalt ließen Sie sich beraten. Als Lehrer mußten Sie ihrem Dienstherrn Mitteilung machen. Das gefiel ihm gar nicht. Na ja, letztendlich wurde das Verfahren wegen mangelnder Beweise eingestellt. Trotz aller Unannehmlichkeiten waren Sie froh, endlich Ruhe zu haben. Von wegen ! ! ! Ihr Schulleiter hatte ein Disziplinarverfahren gegen Sie eingeleitet. Sie wären für den Staatsdienst nicht vertrauenswürdig. Berufsverbot ! Aus der Traum von einer Karriere. Antreten beim Arbeitsamt. Zudem ging Ihre Ehe in die Brüche. Da sie sonst nichts gelernt haben, sind sie schwer vermittelbar. Nur eine Stelle als Hilfsarbeiter kam in Frage. Wenn bloß nicht die Raten für das Reihenhaus wären. Zwangsversteigerung. Hinein in den freien Wohnungsmarkt. Keine Wohnung zu finden. Die 8–köpfige Tamilenfamilie vor Ihnen hatte einen Dringlichkeitsschein. Sie hingegen haben Ihre Obdachlosigkeit „selbst" verschuldet.
Und da sitzen Sie nun auf Ihrer Bank im Park, blicken in die sternenklare Nacht und fragen sich, was Sie bloß verbrochen haben. Ich sage es Ihnen: Nichts ! Sie waren bloß zur falschen Zeit am falschen Ort und wurden das Opfer unglücklicher Zufälle."

Sie halten die Geschichte für übertrieben ?
Könnte in Wirklichkeit nicht passieren ?

Oh, doch ! Mit ähnlichen Schicksalen unter anderen Voraussetzungen könnten Dutzende Bücher gefüllt werden. Alltag im „Rechtsstaat" BRD.
Wenn Sie annehmen, die „schweren Jungs" sitzen alle hinter Schloß und Riegel, so befinden Sie sich gewaltig im Irrtum. Nein, die wirklich „schweren Jungs" sitzen ganz woanders. Die sitzen an den Hebeln der Macht und bestimmen jeden Schritt unseres Lebens. . .

3

Die Bürger der Demokratie

Die Diktatur der Demokraten. Diktatur ? Wieso, die Bundesrepublik ist doch ein freiheitlicher Rechtsstaat. Jeder Bürger kann seinen Neigungen nachkommen, wie es ihm beliebt. Von allen Gesellschaftsformen ist die Demokratie immer noch die beste. Sie hat zwar ihre Fehler, aber im großen und ganzen ist sie doch in Ordnung. So denken viele Menschen. Vielleicht auch Sie ?
Dem ersten Anschein nach mag es stimmen. Aber haben Sie schon einmal einen Blick hinter die „Kulissen" riskiert ? Sich gefragt, warum es in einem so reichen Land Hunderttausende gibt, die am Rande der Verelendung leben. Warum unsere Umwelt von Industriegiften zerstört wird, radioaktive Verseuchung jederzeit möglich ist ? Warum Politiker vor Wahlen alles versprechen und hinterher nichts halten und dafür nicht einmal zur Verantwortung gezogen werden können. Warum die Gesellschaft zunehmend verroht, jeder dem anderen Schaden zufügt, wenn sich daraus ein persönlicher Vorteil ergeben kann.
Warum deutsche Soldaten wieder in alle Welt marschieren sollen ? Nein ? Dann ist es aber endlich an der Zeit ! Jeder Einzelne ist verantwortlich dafür, was in diesem Land geschieht !
Wie lebt der Bürger im bundesdeutschen Staat ? Setzen wir uns ein wenig mit den Lebensbedingungen auseinander.

Arbeit macht frei

Wie erleben die Werktätigen diesen Staat ? Nach der Wiedervereinigung hofften die Bürger auf eine glücklichere Zukunft. Auf eine neue Bundesrepublik, in die auch die guten Errungenschaften der DDR wie die Kinderbetreuung und das Sozialsystem eingebunden würden. Ausreichend Kindergartenplätze, Sicherung des Arbeitsplatzes bei Schwangerschaft, Mutterschaftsurlaub. Der Kanzler sprach von einer Wende der deutschen Politik.
Es wurde auch alles anders ! Für die „neue" Bundesrepublik wurden allerdings keine sozialistischen Werte als Grundlage genommen als vielmehr eine Rückkehr zur Monarchie eingeläutet. Arbeitnehmer als Menschen 3. Klasse. Gestern grüßt vorgestern. Nachdem nunmehr die sozialistische „Gefahr" gebannt ist, zeigt der

Demokrat unverhüllt sein wahres Gesicht. Nacheinander werden auch die schwer erkämpften bundesdeutschen Sozialleistungen demontiert. Nach den Worten unserer „Volksvertreter“ stehen den Werktätigen schwere Zeiten bevor. Sagte doch der Kanzler der deutschen Einheit, dem wir neben seiner sprachlichen Unzulänglichkeiten auch geistige bescheinigen müssen: „Deutschland darf kein kollektiver Freizeitpark werden !“ Im übrigen muß dieser Ausspruch gerade von jemandem kommen, der, ausgenommen, wenn er gerade eine seiner „ergreifenden“ Reden im Bundestag hält, den ganzen Tag mit Nichtstun verbringt und dauernd auf Steuerzahlerkosten Urlaubsreisen unternimmt. In diesem Staat werden Arbeitnehmer zunehmend rechtloser. Was ist das für ein Leben, wenn Sie jeden Tag Ihre Entlassung befürchten müssen. Die BRD bietet jungen Menschen keine Zukunft. Mittlerweile haben wir schon um die 5 Millionen Arbeitslose. Weimar läßt grüßen !

Strafsache „Umweltschutz“

Das kapitalistisch-demokratische System hat die Welt in eine riesige Müllkippe verwandelt. Wir ersticken förmlich im Plastikmüll. Von Müllvermeidung haben die Demokraten auch noch nichts gehört. Am naheliegendsten wäre es wohl, da die Industrie aus eigenem Antrieb nicht handelt, eine durchdachte Verpackungsverordnung einzuführen. Das bestehende Grüne-Punkt-System ist der Gipfel der Lächerlichkeit. Zusätzlich werden Energie und Rohstoffe verschwendet, um dieses Symbol auf den Verpackungen anzubringen. Als wenn dadurch die Produkte umweltverträglicher würden.
Meine lieben Demokraten, darauf fallt auch nur ihr selbst rein. Der Müll wandert weiterhin in die Verbrennung und auf Deponien in Dritte-Welt-Ländern. Die Pfandflaschenverordnung läßt auch noch auf sich warten ! Umweltschutz ist in der BRD ein Verbrechen. Die deutsche Landschaft wird bedenkenlos verseucht, bebaut und von Straßen durchzogen. Warum ist das alles möglich ? Weil skrupellose demokratische Politiker von einer ebenso skrupellosen Industrie reichlich Schmiergelder kassieren. Wehe dem, der in diesem Staat körperlichen Schaden erleidet. Auf der Arbeit, im Straßenverkehr, durch schädliche Produkte. Immer endet es mit dem finanziellen Untergang. Der Bürger steht den mächtigen Konzernen hilflos gegenüber. Höchstens nach langwierigen Gerichtsprozessen wird ein dürftiger Schadensersatz gezahlt. Wie sorglos mit Gefahrenstoffen umgegangen wird, zeigt die ausgiebige Verwendung von Asbest.
Die menschliche Lunge als Asbest-Endlager. Wen kümmert's ? Dauert ja 10-20 Jahre, bis die Krebszellen wuchern. Obwohl jedem Asbesterzeuger bekannt ist, wo und in welchen Produkten die Fasern enthalten sind, ist bislang keine vollständige Liste veröffentlicht worden. Warum wohl ? Das Zeug ist „überall“ ! Schon mal was von Holzschutzmitteln gehört ? Steht Ihr Haus auch auf einer Mülldeponie ? Ihr Kind hat Blutkrebs. Ach, Sie wohnen in der Nähe eines Kernkraftwerkes ?
Kennen auch Sie die Firma Boehringer, die vor den Toren Hamburgs jahrzehntelang landwirtschaftliche Anbauflächen verseucht hat. Ach, Sie hatten dieses Obst und Gemüse verspeist. Wußten Sie auch, daß eines der Vorstandsmitglieder dieses Konzerns - der übrigens jetzt in Spanien weiterproduziert - unser „ehrenwerter“ Bundespräsident Richard von Weizsäcker war. Der will natürlich nichts davon

gewußt haben. Könnte auch dem Ansehen als Moralapostel schaden. Und so einer repräsentiert als höchster Vertreter diesen Staat. Schöne Demokratie !

Bürger in Uniform

Wie die Geschichte uns lehrt, war Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage von jeher Bedrohungen ausgesetzt. In irgendeiner Form muß demnach eine Landesverteidigung im Notfall gewährleistet sein. In der Neuzeit waren die einzelnen Staaten gegeneinander mehr oder weniger abgeschottet. Die entsprechenden Landesfürsten, Könige, Kaiser und Diktatoren unterhielten Armeen, die sie aus irgendwelchen eigensüchtigen Interessen gegeneinander marschieren ließen. Das Volk hat immer zu leiden, während die Obrigkeit daraus ihre Gewinne erzielt. Im Zeitalter nuklearer Massenvernichtungsmittel ist aber jegliche gewinnbringende Kriegführung unmöglich. So müssen Rüstungsindustrie und Lakaien ihre Geschäfte heutzutage damit betreiben, die sogenannten Entwicklungsländer mit gewünschtem Kriegsgerät zu beliefern. Unter jenen Gesichtspunkten muß aber die Frage gestellt werden, ob Deutschland überhaupt eine Armee braucht. Das Problem der Landessicherheit ist heutzutage weniger, daß fremde Nationen über uns herfallen, sondern vielmehr, daß die Verbrecher und Kriegsspekulanten im eigenen Land stehen und unter dem Deckmäntelchen der Demokratie die Existenz der deutschen Bevölkerung gefährden. Solange Waffen und atomwaffenfähiges Kernmaterial nahezu ungehindert in Krisengebiete exportiert werden können und die Täter bei Aufbringung nur geringe Strafen erwarten, muß man sich fragen, ob es überhaupt richtig ist, dieses System zu verteidigen.

Ein demokratisches Regime bedarf einer schlagkräftigen Armee, um die überall lauernden Feinde abzuschrecken. Man muß durchaus befürchten, daß eines der Länder, das durch Rüstungsexporte der BRD und anderer Staaten erst zu einer Bedrohung geworden ist, militärische Schritte unternimmt.

Krisenherd „Afrika“: Zur Zeit der Kolonialherrschaft erlebte Afrika einen blühenden Aufschwung. Die soziale und medizinische Versorgung konnte erheblich verbessert werden. Heutzutage, nach angeblicher „Befreiung aus der Unterdrückung“, ist Afrika ein einziger Seuchenherd aus Armut, Krieg und Hungersnöten. Als Folge der militärischen Aufrüstung des „unabhängigen Afrikas“ durch demokratische Länder ist für Europa eine Bedrohung entstanden, die sicherlich in den nächsten Jahrzehnten dramatisch zunehmen wird.

Krisenherd „Balkan“ und „Ferner Osten“: Wie im Fall „Jugoslawien“ derzeit zu sehen, ist die vielbeschworene „Gefahr aus dem Osten“ zur Realität geworden. Die unüberschaubare Anzahl an Volksgruppen, Kulturen und Sprachen im Osten ist in Verbindung mit weitverbreitetem religiösen Wahn ein stets brodelnder Unruheherd.

Waffenexporte in solche Länder sind für Europa „reiner Selbstmord“. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann verblendete „Krieger Gottes“ zum Kreuzzug gegen die „Ungläubigen“ im Westen aufrufen. Gute Nacht, Europa. Die ach so toleranten Europäer sollten einmal daran denken, daß jenen zur Errichtung eines „Gottesstaates“ auch Atom- und Chemiewaffen als Mittel zum Zweck dienen werden. Werden Waffen und zur Waffenproduktion geeignete Techniken weiterhin ungehindert exportiert, machen Schutzarmeen in Europa wenig Sinn. Die Atomkraft-

werke sind ein zu gutes Ziel für Fliegerangriffe. Europa ist leicht zu erpressen. Auch die Bundeswehr ist nutzlos. Eine strahlenverseuchte Umwelt braucht nicht verteidigt zu werden.

Wozu existiert die Bundeswehr dann ?

Ich will es Ihnen sagen: Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten und der Übernahme der DDR durch die BRD ist die Bedrohung aus dem Osten entfallen. Verzweifelt hielten die Demokraten Ausschau nach neuen möglichen Feinden. Diese waren auch schnell gefunden. Die BRD-Führung „will die gewachsene Verantwortung Deutschlands nach der Wiedervereinigung in der Welt wahrnehmen". Dazu sind die UNO-„Friedensmissionen" wie geschaffen. Die Bundeswehr soll weltweit zu „friedenschaffenden Maßnahmen" herangezogen werden. Gewissermaßen als moderne Söldnertruppe. Somalia und Jugoslawien waren der Auftakt, die ganze Welt soll folgen. Natürlich alles geregelt im Rahmen der UNO-Blauhelm-Missionen. Die Rüstungsindustrie reibt sich bereits die Hände. Während sich die Demokraten daheim bei Kaffee und Kuchen die Schmiergelder der Rüstungsindustrie in die Taschen stopfen, sollen deutsche Menschen auf fernen Schlachtfeldern ihr Leben lassen.
Noch gibt es ein kleines Problem, das aber sicherlich mit einer Grundgesetzänderung behoben werden wird: In der BR Deutschland haben wir eine Wehrpflichtarmee. Das Grundgesetz verlangt vom Wehrpflichtigen, unter Einsatz seines Lebens die „freiheitlich"-demokratische Grundordnung der BRD zu verteidigen. Somit ist der Einsatz der Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränkt. Ein Dorn im Auge der Demokraten. Aber früher oder später wird ihnen etwas einfallen. Und dann werden auch Sie, lieber Leser, Knobelbecher anziehen. Was, Sie wollen nicht ?
Sie können in einem Rechtsstaat Einspruch erheben und sich verweigern ? Sicher, in einem Rechtsstaat, aber hier werden Sie die Demokratie hinter Gittern erleben. Alles von Richtern **„im Namen des Volkes"** abgesegnet.
Zurück zur Frage, warum die Bundeswehr besteht. Die Landesverteidigung könnte ebenso auf die Polizei übertragen werden. Erstens ist eine Armee immer ein Sicherheitsrisiko, wie die ständigen Militärputsche in der Dritten Welt belegen, und zweitens ist sie ein kostenexplosiver Faktor, der diesen Staat an den finanziellen Ruin gebracht hat. Es entstammt einer rückständigen Denkweise, Militärpräsenz als Sicherheit anzusehen. Nur die einfältigsten Zeitgenossen können glauben, ein Krieg beseitige dauerhaft ein Problem. In jedem Krieg gibt es nur Verlierer. Eine Auflösung der Bundeswehr erscheint ebenso notwendig wie die ausdrückliche Nichtteilnahme Deutschlands an Militäraktionen irgendwelcher Art. Wenn das demokratische Deutschland weiterhin an militärischer Machtausweitung festhält, sollte sich schon jeder Bürger überlegen, ob er die richtige Verfassung unterstützt. Es muß auch für die Zukunft gewährleistet sein, daß es heißt: Nie wieder Krieg auf deutschem Boden !
Nein, die Bundeswehr ist nicht zum Schutz des deutschen Volkes. Sie ist ausschließlich zum Schutz des demokratischen Systems. Die geheimen Einsatzpläne belegen dies eindeutig. Im Krisenfall, bei einem möglichen Umsturzversuch, ist die Bundeswehr angewiesen, nötigenfalls auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Denken wir nur vergleichsweise an die DDR 1953. Oder die Notstands-

gesetze bei einem Atomunfall. Die Bevölkerung ist gleichfalls mit Waffengewalt am Verlassen der kontaminierten Zonen zu hindern. Ist die Bundeswehr eine feindliche Armee ? Dadurch, daß sie aus Angehörigen unseres Volkes besteht, sicherlich nicht. Das Problem der Militärpräsenz ist die bestehende Grundlage von Befehl und Gehorsam. Anstelle von Vernunft und gesundem Menschenverstand. Im Spannungsfall sind Befehle zu befolgen, ob sinnvoll oder kriminell. Wer sich weigert, kann mit dem Tode bestraft werden.
Dann wird die Bundeswehr zur Besatzungsmacht auf eigenem Boden. Es ist heutzutage die Pflicht eines anständigen Deutschen, den Dienst in dieser Armee zu verweigern. Wer dem Unrechtsstaat BRD schadet, dient dem deutschen Volk ! Beweisen Sie Mut in dieser schwierigen Zeit.

4

Was kommen wird

Der Zusammenbruch der BRD

Nach 40 Jahren kommunistischer Herrschaft wurde die von den Sowjet-Besatzungstruppen gegründete DDR gestürzt. Unterdrückung und Mißwirtschaft hatten ein Maß erreicht, daß von der Bevölkerung nicht mehr ausgehalten werden konnte. Die Bürger der DDR erhofften ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Doch sie gerieten von einer Unrechtsdiktatur in die nächste. Hier herrscht die CDU, die SED des Westens.
Allerdings steht die bundesdeutsche Demokratie nicht auf so festem Fundament, wie die Politiker bislang angenommen haben. Was einmal gelungen ist, kann auch ein zweites Mal gelingen. Der Zusammenbruch der Bundesrepublik wird sicherlich in einigen Jahren geschehen.
Warum ist die BRD ebenso wie die DDR ein Unrechtsstaat ?

Fassen wir zusammen:

Die Bundesrepublik Deutschland wurde von den drei westlichen Besatzungsmächten unter Ausschluß des deutschen Volkes gegründet. Das Grundgesetz sieht den Bestand der BRD für solange vor, bis das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine eigene Regierung und einen eigenen Staat gründet. Praktisch ist dies aber nicht möglich, da die sogenannten Systemparteien völkerrechtswidrig alle Parteien, die das im Grundgesetz festgelegte Ziel verfolgen, verbieten. Somit ist offensichtlich, daß der bestehende Unrechtsstaat nur durch einen Volksaufstand abgelöst werden kann.

Die heutigen Politiker lassen offiziell und ungehindert Millionen Menschen fremder Völker und Kulturen in der BRD seßhaft werden. Für ihre Unterbringung werden deutsche Steuergelder verwendet. Die massive Einwanderung gefährdet den Bestand des deutschen Volkes. Der Tatbestand des Landes- und Hochverrats durch unsere Regierung ist erfüllt. Die von der Staatsführung erlassenen Gesetze verhindern einen Einspruch seitens der

Bevölkerung. Es ist somit offenkundig, daß nur eine Absetzung der BRD-Machthaber das Bestehen des deutschen Volkes sichern kann.

Das Recht auf eine eigene Kultur wird den Deutschen abgesprochen. Während die bundesdeutschen Demokraten jedem anderen Volk und den Einwanderern eine eigene kulturelle Identität zubilligen, wird das deutsche Volk massiv am kulturellen Leben gehindert. Wenn jemand von deutscher Kultur spricht, wird er von unseren „Volksvertretern“ als Nazi diffamiert.

Die im Grundgesetz festgelegte Meinungs- und Pressefreiheit ist in der BRD nicht gewährleistet. In der BRD existieren Pressekartelle. Unter Ausschluß der Bevölkerung üben der Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und die zugehörigen Sonderabteilungen der Gerichte Zensur aus. Die Listen verbotener Schriften und Tonträger (insbesondere nach § 86, 86 a) werden geheimgehalten.
Der einzelne Bürger wird in seinen Grundrechten auf Informationsfreiheit erheblich eingeschränkt. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit ist durch ständige Versammlungsverbote nicht gegeben.

Das Post- und Fernmeldegeheimnis wird regelmäßig durch BRD-Behörden verletzt. Ständig werden Postsendungen im In- und Auslandsverkehr durch Staatsorgane geöffnet und überprüft. Telefonate werden nach Gutdünken der Justiz abgehört. Der Umfang dieser Überwachungsaktionen wird geheimgehalten.

Parteien und Vereinigungen werden vom Verfassungsschutz überwacht und in Willküraktionen von der BRD-Justiz verboten.

Durch den Betrieb von Kernkraftwerken ist die Existenz des deutschen Volkes in Gefahr. Die Risiken wurden jahrelang totgeschwiegen. Der hochradioaktive Giftmüll wird in Nacht-und-Nebel-Aktionen vergraben, deponiert und in Dritte-Welt-Länder verschifft. Die CDU-Regierung verhindert eine notwendige Sofortabschaltung aller Atomkraftwerke.

Durch die zunehmende Verseuchung der Landschaft mit Industriegiften wird die Lebensgrundlage des deutschen Volkes zerstört.

Die geplante Absicht der Demokraten, die BRD in einem EG-Bundesstaat aufgehen zu lassen, ist Hochverrat. Das kommt einer Abschaffung der deutschen Nation gleich. Was zwei Weltkriege nicht schafften, wollen die Demokraten nun auf subversivem Wege versuchen: Die Vernichtung Deutschlands. Schon heute muß bei Großbauten die Genehmigung der EG-Kommission in Brüssel eingeholt werden. Demnächst soll die deutsche Währung aufgelöst werden. Die Deutschen sind nicht mehr die Herren im eigenen Land.

Man könnte noch Dutzende weiterer Punkte aufführen, wie dieser Staat die eigene Bevölkerung entmündigt. Was können wir tun, um in freier Selbstbestimmung einen Staat zu schaffen, der eine wirkliche Volksvertretung darstellt, der für soziale Gerechtigkeit eintritt und den Schutz der Natur garantiert ? Was haben wir zu beachten ?

Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die meinungsmanipulierende BRD-Presse nur darauf wartet, daß Übergriffe gegen ausländische Mitbürger stattfinden, damit sie Hetzartikel gegen das deutsche Nationalbewußtsein bringen kann. Der Öffentlichkeit soll die Gefahr eines rechtsextremen, gewalttätigen Terrornetzes suggeriert werden. Inwieweit der Verfassungsschutz selbst Brand- und Terror-anschläge inszeniert, ist noch weitgehend unbekannt. Aber schon bei den Krawallen in Rostock war zu erkennen, daß eingeschleuste V-Männer Gewalt-aktionen provozieren sollen, damit im nachhinein die Justiz leichter nationale Parteien verbieten kann.
Während ausländische Terrororganisationen nahezu ungehindert Gewalt- und Sprengstoffanschläge auf deutschem Boden verüben können, werden nationale Versammlungen vom Verfassungsschutz gefilmt und die Teilnehmer in Einzel-prozessen angeklagt. Der BRD-Verfassungsschutz ist ein Staat im Staat.
Daher ist besonders wichtig: Lassen Sie die ausländischen Gewalttäter ungehindert agieren. Unternehmen Sie nichts gegen ausländische Kriminelle, Zuhälter und Drogenhändler. Der Terror durch ausländische Gesetzesbrecher soll so offensichtlich werden, daß selbst der einfältigste Deutsche aus dem multikulturellen Trauma erwacht. Kein einziger Ausländer - ausgenommen in Notwehr - darf zu Schaden kommen. Nationale Demonstrationen müssen unbedingt friedlich verlaufen. Lassen Sie sich nicht durch Polizei und Krawallmacher provozieren.

Warum sind wir gegen die demokratische Gesellschaftsordnung ? Ganz einfach: Sie funktioniert nicht. Dieses System ist so aufgebaut, daß die Preise aller Produkte und Dienstleistungen ständig erhöht werden müssen. Demokratie kann keine Preisstabilität gewährleisten. Das führt dann irgendwann dazu, daß tägliche Gebrauchsgüter und allgemeine Lebenshaltungskosten nicht mehr bezahlt werden können. Dadurch und durch Überproduktion sinkt die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Industriekonzerne können ihre Produkte nicht mehr absetzen. Das führt zu Massenentlassungen. Die Krise greift auf Zulieferbetriebe, weiterverarbeitende Firmen und Dienstleistungsunternehmen über. Für einen kurzen Zeitraum kann eine hohe Arbeitslosigkeit getragen werden. Bald darauf ist der Staat finanziell am Ende. Der Zusammenbruch der Demokratie steht bevor.

Nachwort

Lieber Leser!

Fast alle KRITIK-Folgen sind ohne Rechnung an alle Leser der BAUERNSCHAFT verschickt worden. Wegen der drastischen Portoerhöhung wollen wir künftig die KRITIK-Folgen, wenn sie nicht zu umfangreich sind, als Beilage zur BAUERNSCHAFT versenden. Dadurch können wir auch längere Abhandlungen, die sich in der BAUERNSCHAFT nicht unterbringen lassen, veröffentlichen. Es handelt sich dabei oft um akute und brisante Themen, die immer aktuell bleiben. Nachbestellungen müssen aber in Rechnung gestellt werden, genauso, wie die anderen Schriften aus unserem Verlag.

Dieser Sendung liegt nun nicht die sonst übliche Zahlkarte bei. Nun hat auch die Raiffeisenbank, auf höhere Weisung, unser Konto gekündigt, das übrigens auf den Namen meiner Frau lief.

Doch unsere Gegner irren sich, wenn sie meinen, sie könnten uns dadurch die finanzielle Grundlage entziehen. Wir haben noch nie Bankkredite in Anspruch genommen - und werden es auch künftig nicht wollen. Statt Zinsen haben aber die Banken hohe Kontoführungsgebühren von uns kassiert. Im Januar d.J. berechnete uns die Raiffeisenbank über DM 900,00 an Gebühren. Diese Gebühren werden nicht nah dem Umsatz sondern nach der Stückzahl berechnet. Das können wir nun sparen. Übrigens muß der Einzahler auch Gebühren bezahlen, die Banken kassieren also zweimal.

Die billigste Zahlungsweise ist immer noch die Barzahlung. Allerdings müssen wir dann für jede Zahlung eine Quittung ausstellen. Barzahlungen können an unsere deutsche- aber auch an unsere dänische Anschrift geleistet werden.

Erste positive Erfolge können wir schon vermelden. Viele Leser, die ihre Überweisung mit dem Vermerk: "Konto gesperrt" zurückbekamen, haben dann oft das Doppelte geschickt. Schwierigkeiten machen allerdings die Einlösungen von Schecks. Das ist zwar in Dänemark noch möglich - aber es werden dafür DM 12,50 an Gebühren berechnet.

Wir haben aber auch negative Erfahrungen machen müssen. Natürlich werden auch künftig alle Leser von einer weiteren Belieferung ausgeschlossen, wenn über ein Jahr keine Zahlung eingegangen ist.

Den Buchbestellungen liegt noch eine Rechnung mit einer Zahlkarte bei. Den Versandbuchhandel haben wir abgegeben. Fast alle KRITIK-Folgen sind auch über unseren Buchhandel zu beziehen. Verbotene Schriften gibt es in Dänemark nicht.

Auch diesen Schikanen begegne ich mit Humor. Die Sanktionen gegen unseren Verlag machen uns erst interessant. Solange wir noch Hilfe und Unterstützung von unseren Lesern bekommen, machen wir weiter. Nun erst recht!

Es grüßt aus dem Exil
Ihr

Thies Christophersen